

Mehrheit ist für Ukraine-Partnerschaft

Viele Abgeordnete stimmen für Verbindung / AfD will nicht, dass sich die Ukraine Deutschland annähert

Von Jörgen Linker

WETZLAR/DILLENBURG/BROWARY/KIEW. Wenn Frieden in der Ukraine herrscht, soll ein Austausch zwischen Schülern, Feuerwehren und Vereinen aus dem Lahn-Dill-Kreis und der ukrainischen Stadtregion Browary starten. Der Kreis hat eine entsprechende Absichtserklärung für eine Partnerschaft beschlossen. Mit großer Mehrheit hat der Kreistag in seiner Sitzung am Montag bekundet, dass er hinter dieser Partnerschaft stehen und sie unterstützen will. Einzig die AfD-Fraktion ist dagegen.

Vor drei Wochen war eine Delegation aus der ukrainischen 120.000-Einwohner-Stadt nahe Kiew im Lahn-Dill-Kreis, und sie hat einen Vertrag mit dem Kreis geschlossen: Sie wollen Schritte zu einer gemeinsamen Partnerschaft einleiten. Diese soll ein Beitrag sein, die Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union zu unterstützen und Solidarität beim Wiederaufbau und Fortschritt des Landes leisten.

Unterstützung auf dem Weg in die Europäische Union

AfD-Fraktionsvorsitzender Lothar Mulch beschimpfte den Kreistag am Montag als „Staffage“ und „Versammlung von Abknickern“ für die geplante Partnerschaft. Die Ukraine sei eines der korruptesten Länder der nördlichen Hemisphäre, ihr Präsident ebenfalls korrupt. „Ich will nicht, dass der Lahn-Dill-Kreis dieses Land auf dem Weg in die Europäische Union unterstützt.“ Und: „Ich will nicht, dass sich die Ukraine immer mehr Deutschland annähert.“ So werde Deutschland in eine kriegerische Auseinandersetzung hineingezogen. Das sei ein sehr gefährlicher Weg.

Einen möglichen, späteren Vorwurf der Russland- beziehungsweise Putin-Nähe versuchte er so zu entkräften: „Ich bin ein deutscher Panzeroffizier und Sohn des Westens.“ FDP-Fraktionsvorsitzender Matthias Büger entgeg-



Das „Demokratiebündnis Lahn-Dill“ mit Vertreterinnen von „Omas gegen rechts“ demonstriert vorm Kreishaus in Wetzlar gegen die AfD: Die Kreistagsabgeordneten Heinz Rauber (SPD/links) und Matthias Bender (CDU/rechts) im vereinten Gespräch mit den Demonstrantinnen. Foto: Jörgen Linker

nete: „In der Krise zeigt sich der Charakter, auch Ihr Charakter, Herr Mulch, hat sich gerade gezeigt.“ Und es zeige sich, wer zu einem Land stehe, das angegriffen wurde. In der Ukraine entscheide sich aktuell die Zukunft der Weltordnung, Demokratie versus autoritäre Systeme.

„Ich habe gesehen, wo Sie stehen, Herr Mulch. Man kann zurzeit sehen, wer sich nicht für deutsche Interessen einsetzt.“ Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, eine Partnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine zu schließen.

Völkerverständigung und Abbau von Vorurteilen

CDU-Abgeordneter Michael Hundertmark erklärte den Hintergrund von Städtepartnerschaften. Sie dienten der Völkerverständigung, dem Abbau von Vorurteilen und dem Austausch von Kulturen beziehungsweise dem Kennenlernen anderer Kulturen in Europa, sie seien Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit. „Wir brauchen noch viel mehr

Partnerschaften“, forderte er. Auch die AfD solle sie nutzen und andere Kulturen kennenlernen, „damit sie endlich mal ein reales Bild von der Welt außerhalb ihrer Blase bekommt“. Er nicke das Memorandum jedenfalls voller Überzeugung ab. Es sei ein Beitrag für die Völkerverständigung.

Für die FWG erklärte deren Fraktionsvorsitzender Jörg Ludwig: „Auch wir werden mit Freuden zustimmen.“ Er habe den Eindruck, die AfD hätte am liebsten eine 20 Meter hohe Mauer um Deutschland.

Stephan Grüger (SPD) sprach den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine an und die schreckliche Lage, in der sich die Menschen in der Ukraine nun befänden. Er sagte: „Wir wollen auch einen Kontrapunkt gegen diesen Krieg setzen und für Frieden.“ Der Kreistag entscheide nicht über Waffenlieferungen, könne aber für eine Partnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine eintreten und so die Völkerverständigung fördern. Und an die AfD: „Ich verstehe gar nicht, was

sie an Russland so toll finden.“

SPD-Kreistagsabgeordneter Frank Inderthal sagte zur geplanten Partnerschaft: „Es geht um eine gemeinsame europäische Zukunft. Es geht um Freundschaft und um gemeinsame Werte.“

Demonstration vorm Kreishaus gegen die AfD

Für diese geplante Partnerschaft sprachen sich in der Kreistagsitzung am Montag in Wetzlar die Abgeordneten folgender anwesender Parteien aus: CDU, SPD, Grüne, FWG, FDP und Linke. Die AfD stimmte dagegen, Enthaltungen gab es nicht.

Vor Beginn der Sitzung hatte vor dem Kreishaus in Wetzlar das „Demokratiebündnis Lahn-Dill“ mit rund zwanzig Vertretern und mit Plakaten gegen die AfD demonstriert. Sie wollten damit ein Zeichen gegen Rassismus und Hetze setzen.

In dem vor drei Wochen unterzeichneten Memorandum, also einer Absichtserklärung, zwischen Lahn-Dill-

Kreis und Browary steht, dass Unterstützung und Solidarität in Kriegszeiten zunächst auf humanitäre Hilfe beschränkt sei. „Sobald die Umstände es zulassen“, soll die Zusammenarbeit jedoch konkret werden: gegenseitige Kontakt- und Informationsbesuche durch Delegationen, Austausch zwischen Schulen, Feuerwehren, Krankenpflege- und Altenhilfe-Einrichtungen, Vereinen und Institutionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, Kulturaustausch, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung und der Weiterentwicklung der Infrastruktur, touristische Aktivitäten.

Die geplante Partnerschaft ist jedoch nicht nur auf die Stadt Browary begrenzt, sondern soll für die gesamte sogenannte Territoriale Gemeinschaft der Stadt Browary gelten. Dazu gehören die Stadt selbst, weitere fünf Städte, eine Landgemeinde und 118 Dörfer, insgesamt rund 240.000 Einwohner. Browary hat bereits Städtepartnerschaften unter anderem in Deutschland mit Erfurt und Jena.